

Vorläufiger Kurzschluss

Wenn in Österreich etwas schiefläuft, dann aber gründlich

Sebastian Kurz, der junge Superstar der staatstragenden ÖVP, hat nach Bekanntwerden des kompromittierenden „Ibiza-Videos“ die Regierungskoalition mit den Freiheitlichen aufgekündigt. Dass er sich und seiner Partei damit mittel- und langfristig einen Gefallen getan hat, dürfte er mittlerweile bereits selbst bezweifeln. Dass er dem Land damit geschadet hat, ist evident.

Aber schön der Reihe nach: der Kanzler hat darauf spekuliert, durch seinen unmittelbar vor der Wahl zum Europaparlament platzierten Coup gegen seine parteiintern ohnehin ungeliebten freiheitlichen Koalitionspartner, einen billigen Wahlsieg einfahren zu können. Das ist ihm gelungen. Seine Partei gewinnt – gegen den gesamteuropäischen Trend der „konservativen“ Parteienfamilie - immerhin 7,6 Prozent der Stimmen hinzu, die Sozialisten verlieren leicht und die skandalgebeutelte FPÖ verliert 2,5 Prozent. So weit, so gut für ihn.

Viel Zeit, diesen Erfolg zu feiern, blieb dem smarten Jüngling allerdings nicht, denn – wer die österreichische Seele kennt, war wenig überrascht – seine düpierten freiheitlichen Ex-Partner konnten tags darauf nicht der Versuchung widerstehen, einen von den Sozialisten unter ihrer neuen Führerin Rendi-Wagner eingebrachten parlamentarischen Misstrauensantrag gegen ihn und seine gesamte Ministerriege zu unterstützen. Ein erfolgreiches Misstrauensvotum gegen die gesamte Bundesregierung gab es in Österreich bis zu diesem Zeitpunkt noch nie. Das Kabinett Kurz ist damit fürs Erste Geschichte.

Die sich vom Kanzler nicht ganz unberechtigt verraten fühlenden Blauen haben – so wie die seit geraumer Zeit völlig derangierten Genossen – persönliche Befindlichkeiten und Parteitaktik über das ansonsten bei jeder sich bietenden Gelegenheit beschworene Gemeinwohl gestellt. Das ist deshalb nicht ganz unerheblich, weil in den kommenden Wochen auf europäischer Ebene wichtige Weichenstellungen erfolgen, und die Alpenrepublik jetzt nur über eine provisorische und entsprechend schwach handlungsfähige Regierungsmannschaft verfügt. Die Roten haben diesen Umstand ganz bewusst in Kauf genommen, weil sie dem Kanzler die Chance neideten, aus seiner Regierungsfunktion heraus einen erfolgreichen Wahlkampf für die im Herbst stattfindenden Nationalratswahlen zu führen. Das ist, wer will von Sozis allerdings schon etwas anderes erwarten, mies und geradezu republikfeindlich.

Die Genossen haben allerdings schon in der Vergangenheit mehrfach bewiesen, dass ihnen das Parteiwohl allemal wichtiger ist als das Staatsinteresse. Für gedächtnisschwache (oder mit der Gnade der späten Geburt ausgestattete) Zeitgenossen sei beispielsweise an den „Fall Zwentendorf“ erinnert, als aus Parteiräson ein betriebsbereites, 700 Millionen Schilling teures Kraftwerk nicht in Betrieb genommen wurde. Auch auf ihre verlogene Kampagne gegen Kurt Waldheim im Präsidentschaftswahlkampf und das niederträchtige Kesselreiben gegen die Schwarzblaue Regierung unter Wolfgang Schüssel sollte nicht vergessen werden. In keinem dieser beiden Fälle schreckten die Sozis davor zurück, den Ball „über die Bande“ zu spielen und das Staatsansehen hemmungslos aus parteitaktischem Kalkül zu schädigen.

Zum Pech für Rendi-Wagner und den traurigen Rest ihrer peinlichen Truppe, ist gegenwärtig allerdings eine große Wählermehrheit über ihre Taktik empört und – schlimmer noch – sie hat sich die immer noch sehr einflussreiche „Kronen-Zeitung“ zum Feind gemacht. Das verheißt alles andere als einen guten Start in den Wahlkampf. Der politische Trend im Land am Strome ist derzeit ganz offensichtlich kein Genosse.

Bislang hat das Glück Sebastian Kurz – trotz seines von ihm wohl nicht erwarteten Sturzes als Kanzler - nicht verlassen. Er erfreut sich, trotz des überflüssigen und – angesichts fehlender Alternativen - für die Republik zweifellos nachteiligen Koalitionsbruches, nach wie vor größter Popularität. Der junge Mann ist ein politisches Supertalent, wie weiland Jörg Haider. Er wird daher voraussichtlich – das Ausbleiben von seine Partei betreffenden Skandalen vorausgesetzt – mit ziemlicher Sicherheit als Sieger aus den Nationalratswahlen im Herbst hervorgehen. Dann allerdings dürfte es für ihn schwierig werden, eine handlungsfähige Mehrheitskoalition jenseits einer Neuauflage der Jahrzehntelangen rotschwarzen Erstarrung zu bilden. Die Blauen werden wenig Neigung verspüren, über den „Verrat“ von Kurz hinwegzusehen und erneut mit der ÖVP zu koalieren. Nicht nur aus ihrer Sicht war der

Koalitionsbruch ja entbehrlich, da die durch den „Ibiza-Skandal“ kompromittierten Personen augenblicklich zurücktraten und der Rest der freiheitlichen Partei damit mutmaßlich nichts zu tun hatte.

Mit den „liberalen“ NEOS wird sich eine Mehrheit aber nicht ergeben und eine Dreierkoalition mit den NEOS und mit den im Herbst voraussichtlich wieder ins Parlament einziehenden Grünen ist wohl kein Staat zu machen. Spannende Zeiten also, die Österreich erspart geblieben wären, hätte Kurz den Nerv gehabt, das nach „Ibiza“ zu erwartende Kesseltreiben der Medien auszusitzen und die erfolgreiche Regierungsarbeit mit den Blauen fortzusetzen. Wenn der Kurzkanzler ein bisserl Pech hat, sitzt er am Ende als Oppositionsführer einer rotblau besetzten Regierungsbank gegenüber. Und das wäre ein Szenario, das die Bürger der leidgeprüften Alpenrepublik wirklich nicht verdient hätten. Oder am Ende etwa doch?

a.toegel@atomed.at